

## »In der Justiz herrscht Personalnotstand«

### **Seit Jahren kürzt und streicht die sächsische CDU im öffentlichen Bereich. Im Strafvollzug fehlen deshalb Beamte. Gespräch mit Klaus Bartl**

*Interview: Markus Bernhardt*

Klaus Bartl ist verfassungs- und rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Sächsischen Landtag und Vorsitzender des dortigen Verfassungs- und Rechtsausschusses

**Nachdem der Terrorverdächtige Dschaber Al-Bakr erhängt in seiner Zelle aufgefunden wurde, wird nun intensiv über die Situation in Sachsens Gefängnissen diskutiert. Wie stellt sich diese dar?**

Seit Anfang der 2000er Jahre sind die CDU-geführten Regierungen davon getrieben, den Freistaat in puncto Haushaltslage zum Musterknaben zu machen. Die Folge ist eine stupide Kürzungspolitik. Nicht nur bei Lehrern und Polizisten herrscht Personalnotstand, sondern auch in der Justiz und speziell im Vollzug. Dort wurden zwischen 2003 und 2015 insgesamt 353 Personal- und 84 Anwärterstellen abgebaut. Gleichzeitig wurden mehrere Justizvollzugsanstalten, so der Männervollzug in Chemnitz und die JVA Plauen, ersatzlos geschlossen.

**Welche Folgen hat das?**

An den verbliebenen neun JVA und der Jugendstrafvollzugsanstalt Regis-Breitingen sind von ehemals 2.208 Beamten noch 1.771 übrig. Gleichzeitig sind fast alle Anstalten permanent überbelegt, haben zehn Prozent zusätzliche Insassen oder gar noch mehr. So gibt es weniger Aufschlüsse und sonstige Lockerungen, weniger Therapieangebote und Möglichkeiten, Gefangene individuell zu betreuen. Die unmittelbaren Vollzugsbediensteten sind im Dauerstress.

**Wie haben sich die Krankenstände entwickelt?**

Im Durchschnitt lagen wir 2015 bei 36,16 Krankheitstagen pro Bediensteten im Jahr. In besonders belasteten Anstalten wie Zwickau, Dresden und Chemnitz sind es noch zehn Tage mehr. Zugleich stauen sich Mehrarbeits- und Überstunden – Ende Juni waren es mehr als 75.000.

**Liegt das einzig an der hohen Arbeitsbelastung?**

Zweifellos vorrangig. Hinzu kommt das hohe Durchschnittsalter des Personals der meisten Anstalten infolge der Kürzung von Ausbildungsstellen. In der JVA Chemnitz, in der ich Anstandsbeirat bin, liegt er bei knapp 50 Jahren. Wesentlich ist aber auch, dass wir es nach allgemeiner Einschätzung in allen Anstalten mit einer schwieriger gewordenen Gefangenenklientel zu tun haben. Der Anteil psychisch auffälliger Gefangener oder solcher mit einem Drogenproblem wird auf bis zu 70 Prozent geschätzt. In dieser Situation ständig am Limit zu arbeiten, macht irgendwann krank oder führt zu Fehlern.

**Wie wäre all dem beizukommen? Würde eine Personalaufstockung genügen, oder sind grundlegende Reformen im Haftbereich nötig?**

Wir sehen den akuten Bedarf, das Personal im Justizvollzug in den kommenden beiden Jahren um wenigstens 100 Stellen aufzustocken. Es geht aber nicht nur um die Zahl. Da Verhaltensauffälligkeiten zunehmen, müssen die Fachdienste, also Psychologen, medizinisches Personal,

pädagogische Kräfte, der Sozialdienst gestärkt werden. Wenn ein Psychologe in seiner Schicht für 300 Gefangene und mehr verantwortlich ist, wird das nichts. Wir müssen auch in jeder JVA suchttherapeutische Stationen aufbauen. Wir müssen zudem anfangen, die offenen Vollzugsformen den geschlossenen gleichzustellen. Wesentlich ist auch, dass wir uns endlich darauf einstellen, Deutschland ist ein Einwanderungsland und wir haben es auch im Strafvollzug mit Menschen aus einem anderen Sprach- und Kulturkreis zu tun. Diese Gefangenen haben kein Jota weniger Anspruch auf Resozialisierung und Wiedereingliederung. Da bewegt sich aber nichts. Der Fall Al-Bakr zeigt, dass es dramatische Folgen haben kann, wenn Dolmetscher nur mal eben für eine Stunde verfügbar sind, um die Suizidgefahr oder sonstige Auffälligkeiten zu explorieren.

**Die sächsische CDU gibt sich innenpolitisch sehr hart. Wie erklären Sie sich, dass eine Verbesserung der Situation der JVA-Bediensteten für sie offenbar keine Priorität hat?**

Bis Ende der 1990er Jahre waren Polizei und Justiz für die CDU sogenannte Schonbereiche. Dann schwenkte sie um auf eine typische Fassadenpolitik. Der hirnlose Kurs des vordergründigen Sparzwangs setzte ein. Im Justizbereich wurde sich besonders am Strafvollzug abgearbeitet, der als eine Art »Hinterhof« gilt. Der CDU-Politiker Sebastian Gemkow ist der erste Justizminister seit langem, der gegensteuert und gegenüber dem Kabinett und der Öffentlichkeit erklärt hat, dass die Bediensteten am Limit arbeiten und dass dies nicht so bleiben kann. Es ist die Ironie des Politikgeschäfts, dass der Fall Al-Bakr nun gerade ihn ereilt.